

Mein Bibelwort zur Corona-Schlagzeile

Der Bund am 24.04.20 – Prediger 7,12:

«Weisheit beschirmt und Geld beschirmt, doch dies ist der Vorteil des Wissens: Wer Weisheit hat, den erhält sie am Leben.»

Schweizer Chefarzt
Pierre Saldinger berichtet über seine Erfahrungen mit Covid-19-Patienten in New York. 4

Berner Pionier
Eishockeyprofi Mark Streit erinnert sich an seine Anfänge in den USA. 14

Berner Markt
Morgen dürfen wieder 34 Marktfahrer in Bern verkaufen – verteilt über die ganze Stadt. 17



Roland Reichen
Beschädigte Familie: Im neuen Roman des Berner Autors herrscht viel soziale Gewalt. 28

AZ 3000 Bern 1

Der Bund

Freitag, 24. April 2020 — 171. Jahrgang, Nr. 95 — Fr. 4.60 (inkl. 2,5% MwSt)

Unabhängige liberale Tageszeitung — gegründet 1850

Heute im «Bund»

Luft ist nicht überall besser

Verkehrsrückgang Trotz deutlich weniger Verkehr in den letzten Wochen hat sich die Luftqualität in der Schweiz nicht überall verbessert. Unterschiede gibt es vor allem zwischen Stadt und Land. **Seite 3**

Schwierige Rückkehr

Gewerbe Ab Montag sind gewisse Geschäfte wieder geöffnet. Wie sich Kunden und Anbieter vor dem Coronavirus schützen, ist dabei den Branchen selbst überlassen. Dabei stellen sich vielerorts knifflige Fragen. **Seite 11**

Im Drive-in-Zentrum

Corona-Tests Auch bei milden Symptomen empfiehlt der Bundesrat neuerdings, sich auf das Coronavirus testen zu lassen. Der «Bund» hat jemanden zum Test begleitet – ein skurriles Erlebnis. **Seite 16**

Spassprojekt für die Krise

Sounds Der Mundart-Rapper Bligg hat mitten in der Corona-Krise ein neues Album herausgebracht: «Okey Dokey II» sei ein Spassprojekt, bei dem er sich einige Freiheiten herausgenommen habe, sagt der Zürcher im Interview. **Seite 25**

Ästhetik eines Abbruchs

Kino Statt in Nyon findet das Dokumentarfilmfestival Visions du Réel online statt: Im fast vollständigen Programm findet sich etwa der neue Film von Thomas Imbach über den Abriss des historischen Güterbahnhofs in Zürich. **Seite 26**

Meinung & Analyse

«Ökonomische Schäden gegen Menschenleben aufzurechnen, ist problematisch.»

Grosse Ungewissheit und unvorhersehbare Risiken: Die Kritik am vorsichtigen Ausstiegsplan des Bundesrats sei überzogen, schreibt Sandro Bernini. **Seite 10**

Service

Börse	13	Leserbriefe	23
Todesanzeigen	18	Wetter	23
TV/Radio	20/21		

Redaktion Der Bund, Dammweg 9, Postfach, 3001 Bern, Tel. 031 385 11 11, Web: derbund.ch, Mail: redaktion@derbund.ch

Verlag Der Bund, Dammweg 9, Postfach, 3001 Bern, Tel. 031 385 11 11

Inserate Tamedia Advertising, Dammweg 9, Postfach, 3001 Bern, Tel. 031 330 33 10, Mail: inserate@derbund.ch

Abonnemente Tel. 0844 385 144 (Lokalrat), Mail: abo@derbund.ch



Ohne Geldspritze drohen höhere Lohnabzüge

Arbeitslosenkasse Weil die Corona-Krise die ALV in die Schuldenfalle treibt, fordern die Sozialpartner schon jetzt weitere Milliarden vom Bund.

Luca De Carli, Philipp Loser und Christoph Lenz

Die Corona-Krise wird bei der Arbeitslosenversicherung (ALV) zu Verlusten in Rekordhöhe führen. Zwar hat der Bundesrat ihr im März 6 Milliarden Franken überwiesen, um die Kosten für die vielen Anträge auf Kurzarbeit zu decken. Dieses Geld ist aber bereits aufgebraucht, wie erste Schätzungen der Gewerkschaften zeigen. Derweil gehen laufend neue Gesuche ein. 36 Prozent der Beschäftigten sind inzwischen betroffen. Trotzdem dürfte es im Lauf des Jahres deutlich mehr Arbeitslose geben. Die Ökonomen des Bundes sagen inzwischen voraus,

dass die Wirtschaft so stark einbrechen wird wie seit Jahrzehnten nicht mehr. Finanzminister Ueli Maurer erwartet, dass auf die ALV Forderungen von mindestens 15 Milliarden zukommen. Ohne weitere Finanzspritze des Bundes dürfte sie damit bis Ende Jahr die gesetzlich zulässige Schuldengrenzlinie knacken. Allen Angestellten würden dann tiefere Löhne ausbezahlt. Denn die Schuldenbremse sieht vor, dass der Bundesrat die Lohnabzüge um bis zu 0,3 Prozent erhöhen muss, wenn die ALV in eine finanzielle Schieflage gerät. Gewerkschaften und Arbeitgeberverband wollen das verhindern. Sie verlangen unabhängig von einander, dass der

Bund nochmals Milliarden in die ALV einschiesst. Bereits klar ist, dass die Spitzenverdiener in der Schweiz auch in den kommenden Jahren das sogenannte Solidaritätsprozent in die ALV einzahlen müssen. SP-Präsident Christian Levrat will die Reichen aber stärker in die Pflicht nehmen. Er schlägt eine Corona-Solidaritätssteuer vor: Leute mit einem Einkommen von über 300'000 Franken sollen für eine gewisse Zeit einen Aufschlag von 10 Prozent auf den Bundessteuern bezahlen. Zudem will die SP Steuern auf Erbschaften von mehr als 10 Millionen Franken vorschlagen. **Bericht Seite 6 und 13, Interview Seite 7**

Das Auge im All



Hubble Es fliegt in rund 550 Kilometer Höhe in rund 95 Minuten um die Erde und ist eines der erfolgreichsten Forschungsinstrumente der letzten Jahrzehnte: Heuer wird das Weltraumteleskop 30-jährig und liefert noch immer beeindruckende Aufnahmen aus dem All. **(red) Seite 27** Foto: NASA

Berner Beizer sind skeptisch

Schneller Exit Dem Gastroverband kann es nicht schnell genug gehen: «Eine baldige Teileröffnung ist wichtig», sagt Tobias Burkhalter, Präsident von Gastro Stadt Bern und Umgebung. Diese Euphorie wird aber nur von den wenigsten Betrieben geteilt, wie eine nicht repräsentative Umfrage unter Gastronomen zeigt, die in Bern tätig sind. Dies gilt nicht nur für kleinere Betriebe, sondern auch für den Zürcher Frauenverein (ZVF) als grösstes Gastronomenunternehmen auf dem

Platz Bern: «Eine Öffnung mit grossen Einschränkungen in einem traditionellen Restaurant macht wirtschaftlich keinen Sinn», sagt CEO Andreas Hunziker. Und so erwägen viele Betriebe ebenfalls einen sanften Einstieg mit Take-away, ausgedünnter Bestuhlung oder «gepflegter Selbstbedienung», wie sich Michel Gygis von der IG Gastrokultur ausdrückt. Allen Beizern gemeinsam ist aber die Forderung nach einem Mietzinserlass für die Corona-Zeit. **(bob) Seite 15**

Die Schutzmasken aus China sind da

Kanton Bern Dank einer 110 Tonnen schweren Ladung aus China, die vor wenigen Tagen eingetroffen ist, verfügt der Kanton Bern ab sofort über genügend Schutzmaterial für Spitäler, Heime, Spitzex und andere Institutionen im Gesundheits- und Pflegebereich. Bei der Beschaffung geholfen hat das Schwesterunternehmen mit der chinesischen Stadt Shenzhen. Ein weiterer Sonderflug ist bereits geplant. **(dgr) Seite 17**

Kommentar

Nordeuropäer sollten dem Süden helfen – aus Eigeninteresse

Es herrscht Untergangsstimmung. Die EU scheitert, und der Euro steht angeblich vor dem Untergang. Das war die Begleitmusik zum vierten Videogipfel der Staats- und Regierungschefs über die Frage der Solidarität in Zeiten der Corona-Krise. Es geht wieder einmal um alles oder nichts zwischen Nord- und Südeuropäern.

Doch haben wir diesen Abgang nicht schon oft gehört – etwa während der Eurokrise oder der Migrationskrise? Klar, die EU wurde noch von jeder Krise schlecht vorbereitet überrascht. Das gilt für die Herausforderung durch die Pandemie ganz besonders. Zuerst zeigte die nationalen Reflexe, und dann rauf man sich wieder zusammen. So läuft es auch jetzt. Die Pandemie und ihre ökonomischen Verberungen lassen sich besser zusammen bewältigen als jeder für sich. Selbst die Schweiz ist Teil der Familie, sie ist inzwischen bei allen wichtigen Koordinationsschaltungen dabei.

Anders als die Brexit-Regierung in London, die aus ideologischen Gründen absieht und in der Corona-Krise eine schlechte Figur macht, auch China oder Russland machen es mit der Mischung aus Vertuschung, Repression und Propaganda sicher nicht besser. Ebenso Präsident Donald Trump, der in den USA mit seinem erratischen Kurs für Konfusion sorgt.

Wo die Europäer sicher Nachholbedarf haben, ist in der Selbstdarstellung und in der Kommunikation. Die enorme Summe von einer halben Billion Euro kann ab Juni am Mittel für Kurzarbeiter, Unternehmen und Spitäler fließen, viele Regeln sind ausser Kraft gesetzt, und die Euronotenbank steht auch bereit. Doch die Ergebnisse werden in endlosen Videokonferenzen zerredet.

Auch bei den 1,5 Billionen Euro für den Wiederaufbau wird die falsche Diskussion geführt. Die Europäer kommen nur gemeinsam aus der Corona-Krise. Deshalb ist es im aufgeklärten Eigeninteresse der Nordeuropäer, den stärker betroffenen Südeuropäern beizustehen. Sonst bekommen die Untergangspropheten am Ende doch noch recht.

Stephan Israel
EU-Korrespondent

EU-Regierungen vertagen Einigung

Konjunkturprogramm Die EU-Kommission soll in den nächsten Wochen den Finanzbedarf der von der Corona-Krise geschädigten Wirtschaftszweige in der Union festlegen. Darauf einigten sich gestern die 27 EU-Staats- und Regierungschefs in einer Videokonferenz. Die Debatte war zuvor von Vorwürfen Italiens gegen die nördlichen EU-Länder wegen mangelnder Solidarität geprägt gewesen. **(red) Kommentar oben, Bericht Seite 5**